

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Sabine Boeddinghaus,  
Heike Sudmann, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,  
Inge Hannemann, Stephan Jersch und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Nach dem G20-Gipfel – Hamburg braucht eine ehrliche Bilanz**

Zur Bürgerschaftssitzung am 12. Juli wird der G20-Gipfel eine knappe Woche her sein. Schon im Vorfeld zeichnete sich ab, dass die Entscheidung, den Gipfel in die Freie und Hansestadt Hamburg zu holen, zu massiven Einschränkungen für viele Bürger/-innen unserer Stadt, zu Schließungen von Bildungseinrichtungen, zu Einnahmeausfällen für Gewerbetreibende, zu immensen Kosten für die Stadt und zu Einschränkungen des Demonstrationsrechts führen wird.

Notwendig ist eine ehrliche Bilanz des Hamburger Senates über den G20-Gipfel in Hamburg, seinen möglichen Nutzen, vor allem aber auch zu seinen realen Kosten für die Freie und Hansestadt Hamburg und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Der Umgang mit dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, von der Verweigerung notwendiger Kooperationsgespräche mit Demo-Anmeldern/-innen über die 38 Quadratkilometer große Demo-Verbotzone bis hin zu dem Streit um das Heiligengeistfeld, ist ebenfalls auszuwerten.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. zu berichten, wie viele Polizeibeamte/-innen jeweils aus welchen regulären Einheiten und welchen Sondereinheiten während des Gipfels in Hamburg im Einsatz waren (aufgeschlüsselt nach Polizisten/-innen aus Hamburg, anderen Bundesländern und Polizeikräften aus dem europäischen Ausland) und welche Kosten dadurch im Einzelnen dem Bund, gegebenenfalls den Ländern sowie der Stadt Hamburg entstanden sind;
2. zu berichten, wie vielen ausländischen Sicherheitskräften Genehmigungen zum Tragen von Schusswaffen erteilt wurden (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Staaten);
3. offenzulegen, wie viele und welche Amtshilfeersuchen es an die Bundeswehr gab, wie viele Bundeswehrsoldaten/-innen, welche Einheiten und welche Bundeswehreinsatzmittel /-equipments zu welchem Zweck an welchem Ort, zu welcher Zeit und auf welcher Rechtsgrundlage während des G20 eingesetzt wurden;
4. offenzulegen, welche Veranstaltungen mit Demonstrations- oder Veranstaltungscharakter während der Gipfeltage verboten worden sind;
5. offenzulegen, wie viele Demonstranten/-innen zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Vorwürfen für welche Dauer in Sicherheitsgewahrsam genommen beziehungsweise verhaftet worden sind, wie viele davon sich gegenwärtig noch in Untersuchungshaft befinden und in welche Haftanstalten diese aus den Gefangensammelstellen verlegt worden sind

6. offenzulegen, wie viele Platzverweise, Durchsuchungen, Feststellungen der Personalien es in der 38 Quadratkilometer großen Versammlungsverbotzone gab;
7. offenzulegen, wie viele Leicht- und Schwerverletzte bei Polizei, Demonstranten/-innen und Unbeteiligten zu beklagen sind;
8. offenzulegen, an welchen öffentlichen oder allgemein zugänglichen Plätzen und Orten die (Video-)Überwachung (temporär) ausgeweitet wurde und welche groß angelegten Überwachungsmaßnahmen in welchen Stadtteilen aus der Luft stattgefunden haben;
9. zu berichten, welche realen Kosten durch den G20-Gipfel insgesamt entstanden sind und wie viel davon auf den Hamburger Haushalt entfällt;
10. offenzulegen, welche Schulen, Kitas und sonstige Bildungseinrichtungen aufgrund des Gipfels geschlossen werden mussten oder Unterrichts- beziehungsweise Betreuungsausfälle zu verzeichnen hatten;
11. offenzulegen, welche Einnahmeausfälle den Hamburger Gewerbetreibenden entstanden sind, ob von ihnen Schadenersatzforderungen erhoben wurden und inwieweit eine Entschädigung geleistet wird;
12. offenzulegen, welche Ausfälle bei den Hamburger Verkehrsunternehmen zu verzeichnen waren und wie viele Menschen davon betroffen waren;
13. zu den Punkten 1. bis 12. der Bürgerschaft bis zum 31.10.2017 zu berichten.